



Schwäbisch Gmünd, 09.03.2010
Gemeinderatsdrucksache Nr. 071/2010

Vorlage an

Verwaltungsausschuss

zur Unterrichtung
- öffentlich -

Anfrage "Schulversuch längere gemeinsame Schulzeit"

Sachverhalt und Antragsbegründung:

Die Gruppierung - Die Linke - hat mit Unterstützung der SPD-Fraktion im Gemeinderat im Zuge der Beratungen über die Antragstellung für die Einrichtung von Werkrealschulstandorten angeregt, einen Schulversuch zu beantragen, der eine längere (10-jährige) gemeinsame Schulzeit vorsieht.

Diese Anfrage wurde durch das Schul- und Sportamt an die zuständige Stelle beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg herangetragen.

Am 13.01.2010 ist folgende Antwort des Ministeriums eingegangen:

„Bezüglich ihrer Anfrage zitiere ich aus der Landtagsdrucksache 14/5298 vom 21.10.2009:

Wenn Schulkonzepte vom vorgegebenen Rechtsrahmen des Schulgesetzes von Baden-Württemberg und damit vom Willen des Landtags abweichen, können sie nur bei Erprobungsbedarf genehmigt werden.

Sowie aus der Drucksache 14/4946:

Das Kultusministerium wird keine Schulversuchsanträge genehmigen, die das Schulsystem beliebig machen und vom Landtag getroffene bildungspolitische Grundsatzentscheidungen konterkarieren.



Nachdem der Landtag im Juli 2009 mit seinem Gesetzesbeschluss zur Werkrealschule das gegliederte Schulsystem baden-württembergischer Prägung zwar weiterentwickelt aber zugleich auch bestätigt hat, wird und kann das Kultusministerium keine Schulversuche genehmigen, die dazu im Widerspruch stehen.“

Die Stadtverwaltung sieht auf der Grundlage dieser Antwort keine Erfolgsaussichten für einen evt. Antrag auf Genehmigung eines Schulversuches, der eine längere gemeinsame Schulzeit beinhaltet.